

Calmer Tagblatt

Nr. 148

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 300 Mk., Familienanzeigen 250 Mk., Reklamen 800 Mk. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9

Donnerstag, den 28. Juni 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 6800 Mk. monatlich. Postbezugspreis 6800 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 300 Mk. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der bayrische Ministerpräsident v. Knilling hat gestern im Landtag über die Ruhrfrage gesprochen, und dabei die Ziele Frankreichs im Rheinland gekennzeichnet. Auch gegen die Rüge, als ob Deutschland für den Weltkrieg verantwortlich wäre, wandte sich der Redner mit bemerkenswerter Schärfe.

Der Papst hat durch ein Schreiben an den Kardinalstaatssekretär eine Rundgebung zur Ruhr- und Reparationsfrage erlassen, in der er zwar von berechtigten Forderungen der Gläubiger spricht, es diesen aber anheimstellt, sich darüber klar zu werden, ob eine Verständigung, wie sie durch Deutschland angestrebt werde, nämlich die Entscheidung durch einen internationalen Gerichtshof, angesichts der schweren Gefahren für Europa auszusprechen zu lassen, nicht besser für sie wäre. Es ist kaum anzunehmen, daß die Rundgebung in Paris Eindruck macht, namentlich wenn man an die päpstliche Friedenskundgebung im Kriege denkt, die von der Entente in vollständig ablehnendem Sinne beantwortet worden war.

Daß die Franzosen aufs Ganze gehen wollen, d. h. auf die Zerkümmernng Deutschlands, das geht aus den Presseäußerungen sowie aus den Erklärungen maßgebender Persönlichkeiten klar hervor. Man will einfach das Rheinland nicht mehr verlassen. Wie weit man in Paris schon die Maske fallen zu lassen geneigt ist, geht aus dem Empfang des rheinischen Landesvertrüters Dr. Dorten in Paris hervor.

Was wir von England gerade jetzt in der schwersten wirtschaftlichen und innerpolitischen Krisis zu erwarten haben, ist aus der Erklärung des Regierungsvertreters im Unterhause zu entnehmen, daß der Ministerpräsident nicht der Ansicht sei, daß unter den augenblicklichen Umständen die Annahme eines Waffensstillstandsvorschlags im Ruhrgebiet einen nützlichen Zweck hätte.

Eine Rundgebung des Papstes zur Reparationsfrage.

Rom, 28. Juni. Der Papst hat an den Kardinalstaatssekretär Casparri ein Schreiben gerichtet, in dem er auf seine wiederholten, seit dem Beginn seines Pontifikats für die Ruhe Europas und das Heil der Nationen unternommenen Versuche hinweist, einen wahren Frieden und ein dauerndes Einvernehmen unter den Staaten herbeizuführen. Die internationalen Beziehungen hätten sich jedoch nicht nur nicht gebessert, sondern vielmehr verschlechtert, derart, daß sie für die Zukunft zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gäben. Der Papst hebt hervor, daß er gegenüber dieser Lage nicht gleichgültig bleiben könne. Er müsse von jeder Gelegenheit Gebrauch machen, die sich ihm biete, um bei der Herstellung des Friedens mitzuwirken. Deshalb halte er es für seine Pflicht, wenn zwischen den am Konflikt am meisten beteiligten Mächten neue Vorschläge und neue diplomatische Verhandlungen vorbereitet würden, um eine freundschaftliche Lösung der Mitteleuropas und infolgedessen unvermeidlich alle Nationen bewegenden Fragen zu finden, seine unparteiische und wohlmeinende Stimme zu erheben. In dem Bewußtsein der schweren Verantwortlichkeit, die ihm und allen denen zufalle, die in ihren Händen das Geschick der Völker hielten, richte er an sie die inständige Bitte, die verschiedenen Fragen, so die Frage der Reparationen, im Geiste des Christentums noch einmal zu prüfen, der die Forderungen der Gerechtigkeit nicht von denen der Warmherzigkeit scheidet, auf denen das Leben der Völker beruhe. Wenn in der Absicht, die Schäden, die der Bevölkerung der ebedem blühenden Länder zugefügt worden seien, wiederherzustellen, der Schuldner einen Beweis seines guten Willens, zu einer billigen und endgültigen Verständigung zu gelangen, gebe, indem er ein unparteiisches Urteil über die Grenze seiner Zahlungsfähigkeit anruft und den Schiedsrichtern alle Mittel einer ersten und genaueren Kontrolle zuzichere, verlangten es die Gerechtigkeit und die Nächstenliebe, gleichwie die Interessen der Gläubiger selbst wie aller des Zwistes müden und sich nach Ruhe sehnenen Völker, daß vom Schuldner nichts verlangt werde, was er nicht leisten könne, ohne seine Quellen und sein Produktionsvermögen bis zur völligen Vernichtung seiner Gläubiger selbst zu erschöpfen, nicht zu reden von der Gefahr des sozialen Umsturzes, der der größte Ruin ganz Europas und eine ständige Gefahr neuer und noch verderblicherer Verwickelungen wäre. Es sei gerecht, daß die Gläubiger für ihre Forderungen entsprechende Bürgschaften

verlangten. Ihnen sei es überlassen, zu prüfen, ob es tatsächlich notwendig sei, unter allen Umständen die Besetzung von Gebieten anrecht zu erhalten, die für das besetzte Land und die besetzten Völker mit großen Opfern verbunden sei, oder ob es nicht besser sei, die Besetzung durch schrittweise einzuführende andere Bürgschaften zu ersetzen, die nicht weniger wirksam und sicherlich weniger schmerzhaft wären. Wenn die beiden Parteien sich auf dieser Grundlage einigten, würde die Besetzung von Gebieten alsdann vermindert und nach und nach gänzlich aufgehoben werden. Dann könnte endlich der wirkliche Frieden zwischen den Völkern hergestellt werden, der gleichzeitig die Vorbedingung für eine wirtschaftliche Wiederherstellung sei, die von allen Seiten so dringend gewünscht werde. Die Herstellung des Friedens und die wirtschaftliche Wiederaufrichtung seien für alle Nationen, siegreiche und besiegte, gleich große Güter, jedoch, um sie zu erlangen, keine notwendigen Opfer zu schwer sein sollten.

Päpstliche Spende für das Ruhrgebiet.

Köln, 27. Juni. Der päpstliche Legat Msgr. Testa überreichte nach der „Köln. Ztg.“ dem Kaplan D. Blank in Hattingen eine Spende von 500 000 Lire für Wohltätigkeitszwecke. Nach dem gegenwärtigen Devisenstand beträgt diese Schenkung über zwei Milliarden. Nach dem gleichen Blatt ließ der Papst dem Rektor der Universität Münster durch den Runtius Pacelli 50 000 Lire für die Studentenhilfe überreichen.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Der bayrische Ministerpräsident über die Ruhrfrage und gegen die Schuldfrage.

München, 27. Juni. Ministerpräsident Dr. von Knilling hielt im Landtag zum Etat des Ministeriums des Innern eine seit längerem angekündigte Rede. Er gab einen Rückblick über die Ruhrbesetzung und wies nach, daß von einem schuldhaften Verhalten Deutschlands nirgends die Rede sein könne. Das französische Ziel sei kein wirtschaftliches, sondern ein politisches: die Wiederholung der Politik Ludwigs XIV. und Napoleons I., die Zerkümmernng des Deutschen Reiches, seine Abdrängung vom Rhein und dadurch die dauernde Machtüberlegenheit Frankreichs in Europa. Zu diesem Zweck unterstütze Frankreich die Ruhraktion durch Anzettlung separatistischer Hochverrats in Bayern und unterstütze auch die Kommunisten im Norden und in der Pfalz und fordere in der Pfalz zur Bildung der rheinischen Republik auf. Nach einer Schilderung der Schandthaten der Franzosen gedachte der Ministerpräsident dankbar der Rundgebungen des Papstes, der schwedischen Bischöfe und eines hohen Richters im Schweizer Nationalrat gegen das Ungeheuerliche, das am Rhein und an der Ruhr geschieht. Aber, so fuhr er fort, das Rechtsgefühl in der Welt, das Weltgewissen ist eingeschlafen. Der Grund für diese Teilnahmslosigkeit ist, daß die Welt noch immer vielfach an die größte Lüge der Weltgeschichte, an die angebliche Schuld Deutschlands am Weltkriege, glaubt. Damit muß einmal aufgeräumt werden. Bezüglich des passiven Widerstands erklärte der Redner, dieser sei ein elementarer, mit Naturgewalt aus der Seele des Volkes gewachsen und von allen seinen Kräften getragen. Dieser Widerstand habe nicht von der Regierung befohlen werden können und könne auch von ihr nicht abgefordert werden. Ueber das politische Ziel der Franzosen sei ein Verhandeln unmöglich, denn dieses Ziel greife in den Bestand des Deutschen Reiches und der deutschen Nation ein. Darüber könne und dürfe nicht verhandelt werden. Deutsches Land und die deutsche Souveränität dürften nie und nimmer zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen und Kompensationen gemacht werden. Der Leistung von tragbaren Reparationen werde sich das deutsche Volk nicht entziehen. Die gegenwärtige Reichsregierung könne das Vertrauen beanspruchen, daß sie diesen Erfordernissen gerecht werde. Gerüchte von einer auch nur vorübergehenden Verstimmung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung aus jenem Anlaß müsse er als das bezeichnen, was sie seien: hinfällige Erfindungen. Die bayerische Regierung habe nur den aufrichtigen und schnellen Wunsch, daß die Reichsregierung durch ihre Bemühungen das Ziel endlichen Friedens erreichen möge. Von der schwebenden Entscheidung hänge das Schicksal Europas ab. Diese Entscheidung ruhe in erster Linie in der Hand Englands. Wie auch die Entscheidung ausfallen möge, die deutsche Widerstandskraft dürfe nicht erlahmen. Würde das deutsche Volk jetzt nach solchen Opfern und Leiden als kleinmütig, als schlapp befunden, so würde es den Krieg zum zweiten Male und nur noch entschiedener und endgültiger deklarieren als im Jahre 1918. Der harte Kampf gehe um

das Schicksal aller, um Deutschlands Zukunft, um Deutschlands Freiheit, Ehre und Wohlfahrt. (Lebhafte Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Frankreichs Pläne mit den deutschen Eisenbahnen und Industriestädten im besetzten Gebiet.

Paris, 27. Juni. Der ehemalige Finanzminister Marjall sprach gestern im Parteiausschuß der demokratischen Entente in der Stadt Rouen über die französische Finanzlage. Er behauptete bei dieser Gelegenheit, der päpstliche Delegat im Ruhrgebiet habe dem Vatikan einen Bericht des Bürgermeisters von Essen zugehen lassen, der auch den französischen Behörden mitgeteilt worden sei und in dem u. a. gesagt werde: „Das Ruhrgebiet ist das Herz Deutschlands und der Körper stirbt dahin, wenn das Herz nicht mehr schlägt.“ Marjall schloß seinen Vortrag mit den Worten: Sagen Sie es allen denjenigen, die unter dem Krieg gelitten haben: der Krieg wird mit Eisenbahnen und Fabriken geführt, die Kriegsmaschinen, Granaten und giftige Gase herstellen. Halten wir die Eisenbahnen fest, die die Truppen befördern, die Fabriken, die die Armeen speisen! Solange es vor den Toren dieser Fabriken einen Wachtposten und solange es in ihren Direktionsbüros einen General gibt, werden unsere Kinder nicht den Tod erleiden, denn solange ist der Krieg unmöglich. — (Anm. des W.B.: Die Rede des früheren Finanzministers Marjall spricht mit brutaler Deutlichkeit aus, daß die von ihm vertretenen politischen Kreise Frankreichs die dauernde Festhaltung der deutschen Eisenbahnen und Industriestädte am Rhein und im Ruhrgebiet betreiben. Eine weitere Illustration der durch die Enthüllungen des „Observer“ beleuchteten französischen Machenschaften! Wenn zur gleichen Zeit Herr Willerand versucht, bei der Weltmeinung für die französischen Ziele zu werben und die verhängnisvolle Politik der französischen Regierung durch täuschende Worte zu verschleiern, so muß solche Verschleierung angesichts des vielschichtigeren vorsichtigen, dafür aber offeneren Bekenntnisses zu den wahren Absichten der französischen Politik vergeblich bleiben.)

Der Landesverräter Dorten in Paris.

Berlin, 27. Juni. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Paris: Dr. Dorten, der gegenwärtig in Paris weil, hielt in dem extrem-nationalistischen Verein „Comité Duplex“ einen Vortrag über das, was er die rheinische Unabhängigkeitsbewegung nennt. Nach dem Vortrag nahm die Versammlung auf Antrag des rechtsrepublikanischen Abgeordneten Ferry, der Mitglied des „Komitees für das linke Rheinufer“ ist, eine Entschlieung an, in der die Regierung aufgefordert wird, die angebliche Unabhängigkeitsbewegung im Rheinland zu fördern.

Poincaré's Interesse für die Loslösungspolitik des Landesverrätters Dorten.

Paris, 27. Juni. Ministerpräsident Poincaré empfing heute Vormittag das Comité Duplex, das ihm der Abgeordnete Ferry vorstellte. In diesem Komitee hat, wie bereits gemeldet, gestern Abend der rheinische Sonderbündler Dr. Dorten einen Vortrag über seine Bestrebungen gehalten, worauf das Komitee beschlossen hat, sich für die von Dr. Dorten betriebene Separationspolitik beim Ministerpräsidenten einzusetzen.

Zur belgischen Kabinettskrisis.

Paris, 27. Juni. Das „Journal des Debats“ erfährt aus Brüssel über den Stand der Kabinettskrise, Theunis habe heute morgen den Parteiführern mitgeteilt, daß er auf die Neubildung des Kabinetts verzichten werde, wenn sie nicht nachgäben. Darauf hätten die Fraktionsführer beschlossen, sich über folgende Punkte zu einigen: 1. Die Frage der Gener-Universität. Den Studenten stände es frei, ihr Studium in vollem Umfang flämisch oder französisch zu betreiben unter der Bedingung jedoch, daß sie eine bestimmte Anzahl von Vorlesungen in der nicht von ihnen zum Hauptstudium gewählten Sprache hören. 2. Militärfrage. Theunis schlägt eine zwölfmonatige Dienstzeit vor, wozu für die Dauer der Ruhrbesetzung zwei weitere Monate hinzukommen. — Nach Schluß dieser Sitzung habe man den Eindruck gehabt, daß Theunis im Stande sein werde, heute Abend sein Kabinett zu bilden. Er werde es aus den gleichen Persönlichkeiten zusammensetzen wie das zurückgetretene. Theunis werde morgen vor das Kabinett treten und es darüber entscheiden lassen, ob die obigen Formeln annehmbar sind oder nicht. Theunis werde dann auf eigene Ver-

ste Wets
s, die ge
ab großen
nd an den
motte um
iesem Un-

markt am
schen, 28
Rühe, 418
es wurde
Dhfen 1.
7500 bis
7800), 2.
890 bis
bis 7600),
bis 8200
6000), 3.
bis 9000
, 3. 7900
bis 11 500
8600), 3.
Marktes:

einemarkt
angeführt.
ir Käufer-

einemarkt
verkauft
Mark pro

uhr zum
Sajer, 7,5
Preis für
20 000 bis
65 000 bis
Zentner.
ranne no-
,9,09 (Str.)
is 185 000
Unterlän-
80 000 bis

en Werten und
Werten
Calw.
alt.

cht baldigem
t ein

hen

nn, sowie in
iten erfahren
ndlung sowie
zugeführt.

ngenbach,
heim,
traße Nr. 25.

ch selbst
ich eine Zei-
die nicht in
Sie mit den
agen auf dem
erhalten, die
Ihre Wirk-
acht kommen.

ben be-
sie sich

Zeitung lesen,
es Spiegelbild
a Wirtschaft's-
Bezirks gibt.
len Sie sofort
er Tagblatt",
n über Preis-
äufe und Ver-
er unterrichtet.

betten
nderbett, dir.
atal. 46 S frei.
rik Suhl-Thür.

e
rucksachen
chnungen,
Preislisten
s Blattes.

antwortung sich darüber entscheiden, ob er die Mehrheit zur Fortführung seiner Politik für ausreichend erachte.

Die Verschleppungspolitik der englischen Regierung.

London, 28. Juni. Im Unterhaus fragte das Parlamentsmitglied General Speers den Premierminister, ob er angesichts der Tatsache, daß jede weitere Verzögerung in der Beantwortung der deutschen Note eine ernste Frage sei infolge der immer gefährlicher werdenden wirtschaftlichen Lage Deutschlands, in Erwägung ziehen werde, den an der Beilegung des Ruhrgebietes beteiligten Mächten vorzuschlagen, daß bis zur Entscheidung über die an Deutschland zu sendende Antwort keine weiteren Maßnahmen unternommen werden sollten, die dazu beitragen würden, den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu beschleunigen. Der Minister des Innern Bridgeman, der für Baldwin antwortete, sagte, der Premierminister sei nicht der Ansicht, daß unter den augenblicklichen Umständen die Annahme dieses Vorschlages irgend einem nützlichen Zweck dienen könnte. Das Parlamentsmitglied Wedgwood fragte, ob die Unterredung zwischen Lord Crewe und Poincaré die Stelle einer Antwort einnehme. Bridgeman hat darauf um vorherige Ankündigung dieser Frage.

Englische Theorie.

London, 27. Juni. Der Präsident des Verbands der britischen Handelskammer, Arthur Bel, sagte gestern in einer Rede, das dringende Problem des Augenblicks sei das Problem der Reparationen und der Ruhrbesetzung. Wenn Premierminister Baldwin erkläre, diese Frage vom Standpunkt des Geschäftsmannes aus lösen zu wollen, könne man ihm jede Unterstützung gewähren.

Eine echtenglische Antwort auf den deutschen Protest gegen die französischen Nordtaten in Detmold.

London, 28. Juni. (Unterhaus.) Eine Frage Kennworthys, ob die britischen Behörden in irgendwelcher Verbindung mit Dr. Dornen gestanden hätten, oder ob irgendwelche Verbindungen der britischen Behörden mit anderen Führern der separatistischen Partei im Rheinland bestanden hätten, beantwortete der Unterstaatssekretär des Außenwesens verneinend auf eine weitere Anfrage Kennworthys, ob eine Note seitens Deutschlands eingegangen sei, worin gegen angebliche französische Terrorakte im Ruhrgebiet Einspruch erhoben werde, ob diese Note dem Parlament unterbreitet werde und welche Aktion die britische Regierung unternehmen wolle, erwiderte Buckley, es sei eine Note von der deutschen Regierung eingegangen, in der gegen angebliche (1) Terrorakte der französischen und belgischen Besatzungstruppen protestiert werde. Die britische Regierung beabsichtige jedoch nicht, diese Note dem Parlament vorzulegen und sei auch nicht gewillt, irgend eine Aktion in dieser Angelegenheit, für die sie nicht verantwortlich sei, zu unternehmen.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Die Rheinlandkommission verbietet die Verfolgung der Börsenspekulanten im besetzten Gebiet.

Paris, 27. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter dem Vorsitz des französischen Oberkommissars Tirard (es wird wiederum nicht gesagt, ob mit Stimmenmehrheit oder mit Stimengleichheit) die Anwendung der Reichsverordnung vom 22. Juni 1923, und der Verordnung vom 28. Mai 1923 betreffend Spekulation in ausländischen Devisen in den besetzten Gebieten nicht zuzulassen, da sie der Kommission nicht in der von ihr angeordneten Form vorgelegt worden seien. Auf Grund dieser Entscheidung der Rheinlandkommission dürfen die deutschen Behörden bei Strafe diejenigen Bankinstitute oder Personen nicht verfolgen, die es ablehnen, sich den Vorschriften der erwähnten Reichsverordnung zu unterwerfen. — Das ist also eine Durchlöcherung der Maßnahmen gegen die Devisenspekulation, wohl mit der Absicht, die ganze Verordnung unwirksam zu machen.

Schändtaten französischer Soldaten.

Berlin, 27. Juni. Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: Am Samstag, den 23. Juni, wurde die Ehefrau eines Bergarbeiters aus Schonnebeck, als sie sich auf dem Wege von Kray nach Schonnebeck begab, von einem französischen Eisenbahner in Zivil und 10 Soldaten überfallen, mißhandelt und vergewaltigt. Die 17jährige Frau wurde das Gepäc mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken im Werte von etwa einer Million Mark, ferner 98 000 Mark in bar weggenommen.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Worms, 27. Juni. Gymnasialdirektor Lautenschlager und Amtsgerichtsrat Brautwein haben von der Rheinlandskommission Ausweisungsbefehle erhalten.

Höchst a. M., 28. Juni. In den frühen Nachmittagsstunden wurde gestern der Bürgermeister von Höchst von den Franzosen verhaftet und nach Wiesbaden transportiert. Er wird vermutlich vor ein Kriegsgericht gestellt wegen Nichtbefolgung der Verordnung betreffend das Niederlassen der Schranken an den Bahnübergängen. Dasselbe Schicksal hat auch den Bürgermeister von Wied ereilt. Ferner hat der Kreisdelegierte von Höchst zwei Befehle erlassen. Nach dem einen ist es seit Dienstag strengstens untersagt, die Grenze zwischen 8 Uhr abends und 5.30 Uhr morgens zu überschreiten. Bei Tage ist das Ueberfahren nur bei Benutzung der Regiebahnhöfe gestattet. Die andere Verordnung beschränkt den Lastwagenverkehr. Man vermutet, daß diese Maßnahmen auf das Bombenattentat in Wiesbaden zurückzuführen sind.

Der Dollar

Heute — wenn auch zum größten Schaden für unser Volk — der Wertmesser für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Sein Verhältnis zur deutschen Mark beeinflusst alle wirtschaftlichen Fragen, und es ist deshalb für jedermann, ob er nun Landwirt, Kaufmann, Handwerker oder Lohn- und Gehaltsempfänger ist, von größtem Werte, sich täglich über den Dollarkurs und im Zusammenhang damit über die Entwicklung der Preisverhältnisse auf den wichtigsten Gebieten der Lebenshaltung und Wirtschaft zu unterrichten. Der rascheste und billigste Weg dazu ist die Zeitung, denn der Monatspreis von 6800 M für eine Zeitung kann oft in einer Stunde durch vorteilhaften Kauf oder aber durch Vermeidung eines nachteiligen Verkaufs aufgewogen werden, in diesen Fällen um das Mehrfache. Das Lesen des *Bezirksblatts* bietet zudem noch den Vorteil, daß es über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk selbst besondere Aufklärung gibt.

Im Hinblick auf die heute besonderem Interesse begegnenden Preisfragen läßt es sich deshalb das „Calwer Tagblatt“ angelegen sein, den volkswirtschaftlichen Teil so weit als möglich zu berücksichtigen, und so rasch wie möglich über alle Fragen der Preisgestaltung Bericht zu erstatten. Wenn dann weiterhin noch in Betracht gezogen wird, daß unsere Zeitung über alle wichtigen Angelegenheiten des Bezirks eingehend berichtet, daß unser best organisiertes Redaktionsbureau schnellste Berichterstattung über alle Ereignisse und Stimmungen im engeren und weiteren Vaterlande, sowie über die heute besonders interessierende Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse ermöglicht, daß außerdem auch noch unsere Sonntagsbeilage mit gediegenem unterhaltendem Inhalt beibehalten wird, so dürfen wir wohl hoffen, daß unsere Bitte um fernere Unterstützung unserer Bemühungen, Umfang und Qualität des Bezirksblatts trotz der schwersten wirtschaftlichen Bedingungen aufrecht zu erhalten, von Seiten der Bezirksangehörigen im Interesse des Bezirks entsprechend gewürdigt wird, und daß unsere Leser den verhältnismäßig geringen Aufschlag, den wir auf 1. Juli vornehmen müssen, auch nicht anders bewerten als die täglichen Preisserhöhungen auf anderen Gebieten.

Verlag und Schriftleitung des „Calwer Tagblatt“.

Zur auswärtigen Lage.

Deutsch-russische Verhandlungen zur Ausgestaltung des Rapallovertrags.

Berlin, 26. Juni. Im Auswärtigen Amt trat heute die deutsch-russische Kommission für die Verhandlungen zur Ausgestaltung des Rapallovertrages unter dem Vorsitz des Wirkl. Geheimrats v. Koerner zusammen. Bezüglich der Geschäftsordnung wurde beschlossen, zunächst in die Beratung des Konjunkturvertrages einzutreten.

Die deutsch-amerikanischen Schadenersatzansprüche.

Newyork, 26. Juni. Der kürzlich ernannte amerikanische Vertreter in der Kommission für die deutsch-amerikanischen Schadenersatzansprüche, Robert Bonnyge, erklärte in einem Interview, die Kommission habe seit kurzem begonnen, Vorschlagszahlungen zu leisten. Er führte weiter aus, die Ansprüche der Amerikaner beliefen sich auf 1 1/2 Milliarden Dollar. Sie würden indessen zweifellos beträchtlich herabgesetzt werden, da bei der Meldung der Ansprüche stets sehr hohe Beträge genannt würden.

Die polnisch-rumänischen Bündnisverhandlungen.

Warschau, 27. Juni. (Pol. Tel.-Ag.) Die Minister des Außenwesens von Polen und Rumänien haben sowohl die allgemeine Lage Europas, als die Spezialprobleme beider Länder besprochen und festgestellt, daß sich ihre Gesichtspunkte vollkommen decken.

Vor der Entscheidung in Lausanne?

Lausanne, 27. Juni. Da die neu erwarteten französischen Instruktionen noch nicht eingetroffen sind, wurde die auf heute angelegte interalliierte Beratung auf morgen verschoben. Man nimmt an, daß der Generalsekretär der Konferenz, der Franzose Mappigli, der gestern nach Paris reiste, bis dahin zurückgekehrt sein wird. Wie man aus alliierten Kreisen hört, soll dann in der morgigen Sitzung der Vertragstext über die Kupon- und die Konzessionsfrage, evtl. auch über die Räumung Konstantinopels festgesetzt und voraussichtlich übermorgen den Türken mit einem Begleitschreiben überreicht werden. Der türkische Delegierte Hassan Bey, der vor allem die Finanzfragen bearbeitet, erklärte heute den türkischen Pressevertretern: Wir befinden uns am Vorabend der endgültigen Entscheidung. Das Schicksal der Konferenz wird morgen oder übermorgen entschieden werden.

Lausanne, 27. Juni. Es verlautet, daß die einladenden Mächte beschlossen haben, die russische Regierung zum gegebenen Zeitpunkt von dem Datum des Abschlusses der Lausanner Verhandlungen zu verständigen und sie dann zur Unterzeichnung des Meerengenabkommens einzuladen.

Deutschland.

Der Fall Zeigner.

Berlin, 27. Juni. Nach einer Meldung der „Bos. Ztg.“ aus Dresden bereitet die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags eine Erklärung gegen die Drohungen vor, die in den letzten Tagen gegen den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ausgestoßen worden sind. Der Präsident hat

in der heutigen Sitzung des Landtags eine Reihe dieser Drohbrieife unter den einzelnen Abgeordneten kursieren lassen. Dr. Zeigner, der zu einer Aussprache mit dem Reichskanzler Dr. Cuno wegen seiner in Nieder-Planitz gehaltenen Rede nach Berlin kommen wollte, mußte die Reise aufschieben, da morgen im sächsischen Landtag der Mißtrauensantrag und die Interpellation wegen der Rede zur Behandlung kommen.

Vom Wohnungsausschuß des Reichstags.

Berlin, 26. Juni. Der Wohnungsausschuß des Reichstags führte die Beratung über den Gesekentwurf zur Änderung der Bekanntmachung betreffend Maßnahmen wegen des Wohnungsmangels fort. Er kam u. a. zu dem Beschluß, daß die Gebäude und Räume der Behörden und öffentlichen Körperschaften dem Zugriff des Wohnungsamtes ebenso unterliegen sollen, wie es bei privaten Häusern der Fall ist.

Deutschland und das Versailler Diktat.

Frankfurt a. M., 26. Juni. Im Römer wurde heute die Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag; Ruhr, Rhein und Saar im Abwehrkampf“ mit einer Begrüßungsansprache des Regierungspräsidenten Haenisch eröffnet, in der er hervorhob, alle großen Opfer für die Ruhrspende könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch Millionen von Volksgenossen gebe, denen die ganze zu fürchtbare Zukunftsbedeutung dieses Kampfes noch nicht zum vollen Bewußtsein komme. Die Ausstellung solle dazu beitragen, die Gewissen zu schärfen, um eine innere, seelische Anteilnahme an dem Verteidigungskampf unserer Volksgenossen zu wecken. — Der ausgewiesene Oberbürgermeister von Neckinghausen gab darauf ein erschütterndes Bild vom Abwehrkampf im besetzten Gebiet. — Filmvorführungen über die Zustände im besetzten Gebiet schlossen sich der Feier an.

Bermischtes.

Attentat auf den serbischen Ministerpräsidenten.

Belgrad, 27. Juni. (Agramer Korr.-Büro.) Als Ministerpräsident Pašić heute nachmittag um 1 Uhr das Stupschtingebäude verließ, gab der Bankbeamte Mihailo vier Revolvergeschosse gegen ihn ab, ohne jedoch zu treffen. Das Motiv der Tat ist bisher noch unbekannt.

Verhaftung Deutscher in Tanger.

Paris, 27. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Madrid berichtet „La Voz“ aus Tanger, daß drei deutsche Industrielle und zwei Handelsreisende bei der Landung von einem aus Marseille kommenden Dampfer verhaftet worden sind.

Haftentlassung eines wegen Landesverrats verurteilten Erzbischofs in Rußland.

Moskau, 27. Juni. (Russ. Tel.-Ag.) Zusammenhängend mit der Bittschrift des Erzbischofs Tichon beschloß der oberste Gerichtshof, ihn aus der Haft zu entlassen. Tichon erkennt die Richtigkeit der gegen ihn gerichteten Beschuldigungen an, bedauert seine Handlungen gegen die Staatsordnung und erklärt, er sei kein Feind der Sowjetmacht mehr. Er rüde entschieden von der monarchistischen und weißgardistischen Gegenrevolution ab.

Wirbelsturm in Newyork.

Newyork, 26. Juni. Nach der seit einiger Zeit andauernden Hitzeperiode brach gestern ein Wirbelsturm los, bei dem mehrere Personen getötet und viele andere verletzt wurden. Zahlreiche Häuser wurden schwer beschädigt. Automobile wurden umgestürzt. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und Telegraphenstangen umgeworfen.

Familientragödie.

Erfurt, 27. Juni. Der 23jährige Schlosser Willi Schönstadt von hier tötete seine beiden Kinder im Alter von 1 1/2 und 2 1/2 Jahren, indem er ihnen mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt, und brachte sich dann selbst einen lebensgefährlichen Halschnitt bei. Der Grund ist in einem Zerwürfnis mit seiner Frau zu suchen.

Spendet zum Deutschen Volksoffer!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Juni 1923.

Bach-Beethoven-Brudner-Fest in Pforzheim.

R. B. Für das Musikfest in Pforzheim bestang ein reges Interesse auch bei uns Musikfreunden der Orte im Ragoldtal. Wir wissen deshalb der Leitung des Festes Dank dafür, daß sie durch frühzeitigen Beginn der Konzerte uns die Teilnahme an den Festtagen ermöglichte. Die rege Beteiligung bereits an dem ersten Konzert am Dienstag aus den Orten des Ragoldtales hat dieses Entgegenkommen der Konzertleitung gerechtfertigt und es darf vielleicht die Bitte ausgesprochen werden, auch künftig bei Konzertveranstaltungen in Pforzheim durch frühen Beginn es den auswärtigen Musikliebhabern zu ermöglichen, teilzunehmen. Das erste der Konzerte, ein geistliches in der Stadtkirche zu Pforzheim, galt den beiden Meistern Bach und Brudner. Von ersterem kamen 2 Cantaten zur Aufführung, die durch die Gegenfälligkeit ihrer Stimmung ein belebendes Moment brachten. Neuerlich fast gleich aufgebaut (ein umfangreicher Eingangschor, einige Arien bzw. Duette und zum Schluß der einfache, vierstimmige Choral) treten doch dem Text entsprechend im musikalischen Aufbau die Unterschiede deutlich zu Tage. Die erste Cantate „Wachet auf“, ein scharf umrissener Mahnruf, die zweite, „Wie schön leuchtet der Morgenstern“, ein fröhliches Musizieren, als ob der alte Johann Sebastian dabei vergnügt unter dem funkelnden Sternenhimmel gefessen hätte und den glühenden

Reihe dieser
kurzieren los-
dem Reichs-
nig gefalte-
Reise auf
Nichttrauens-
zur Behand-

stags.

des Reichs-
rf zur Men-
nahmen we-
a, zu dem
hörden und
Wohnungs-
waten Näu-

iktat.

wurde heute
ensvertrag;
t einer Be-
Saenisch
ofer für die
ehen, daß es
t die ganze
s noch nicht
ng solle da-
innere, see-
mpf unserer
Oberbürger-
schütterndes
— Filmvor-
viet schlossen

äsidenten.

Als Mini-
l Uhr das
ate Michailo
zu treffen.

er.

ng aus Ma-
deutsche In-
andung von
haftet wor-

verrats

nd.
nenhängend
beschloß der
en. Tichon
nen Beschul-
ie Staats-
Sowjetmacht
stischen und

er Zeit an-
elsturm los,
dere verlegt
idigt. Auto-
umen wur-
worfen.

Willi Schön-
Alter von
nem Raster-
dann selbst
Grund ist in

opfer!

mi 1923.

orzheim.

in reges In-
goldtal. Wir
daß sie durch
ahme an den
eits an dem
goldtales hat
ertigt und es
h künftig bei
Beginn es
teikzunehmen.

radikale zu
rucker. Von
ch die Gegen-
brachten.
er Eingangs-
der einfache,
hend im mu-
ge. Die erste
af, die zweite,
s Musizieren,
gt unter dem
n glühenden

Eternen einen Reigen vorspielen wollte. Der Leiter des Konzertes, Musikdirektor F a u h, brachte diesen Unterschied in der Stimmung ganz prächtig heraus. So war der Eingangsschor von „Wachet auf“ mit seinem straffen Rhythmus eine Wohlthat. Der Einsatz des „Alleluja“ hätte vielleicht etwas kräftiger sein dürfen. Der für Tenor-Chor geschriebene Choral mit freier Orchesterbegleitung: „Zion hört die Wächter singen“ wurde als Solo von Alfred W i l d e prächtig gesungen. Es zeigte sich aber trotz der vollendeten gesanglichen Wiedergabe, daß gegenüber den fatten Farben der Streichinstrumente in tiefer Lage die Einzelstimme zu matt klingt; Bach hat nicht ohne Absicht Tenor-Chor vorgeschrieben. Im Eingangsschor der zweiten Cantate wetteifern die Geigen und Holzbläser in einem fröhlichen Reigen. Der ständige Wechsel zwischen Holzinstrumenten, den beiden Sologeigen und Streichorchester bringt ganz besonders reizvolle Klangwirkungen hervor, die sich wie Ranken um den Choral der Singstimmen schlingen. Auch diese Cantate kam ihrem mehr lyrischen Charakter entsprechend sehr schön zur Geltung. Bei einem Bericht über ein Konzert mit Bach'schen Cantaten gebührt es auch insbesondere der Solisten zu gedenken. Bach stellt bekanntlich an diese (Sänger und Instrumente) die höchsten Anforderungen, denen es nicht leicht ist, gerecht zu werden. Er ist deshalb hierin gefürchtet. Es war ein wirklicher Genuß, den klaren Sopran von Frau Luise L o b s t e i n - W i r z und den hellen glanzvollen Tenor von Alfred W i l d e zu hören; auch der Bassist, Professor Eduard E r h a r d fügte sich in den Duetten in ausdrucksvollem Gesang wohlthuend ein, nur schien ihm eine leichte Indisposition an der vollen Entfaltung seiner Stimme zu hindern. In gleicher Weise müssen als ganz hervorragende Leistungen genannt werden die beiden konzertierenden Soloviolen von Konzertmeister Otomar W o i g t (Karlsruhe) und Emil P f e i f f e (Pforzheim), dazu ferner die ganz hervorragend gespielte Solo-Oboe, von dem uns Calwer Musikfreunden liebgewordenen Fritz D i e r i c h (Pforzheim), sowie das Englisch-Horn (anstelle der nicht mehr vorhandenen Oboe di caccia) des Kammermusiklers Adolf W e i ß (Karlsruhe). Die Orgelbegleitung von Alfred S i c h e r m a n n (Pforzheim) paßte sich in glücklicher Auswahl der Register dem Ganzen vorzüglich an. So war die Wiedergabe dieser beiden Bach'schen Cantaten eine prächtige Gesamtleistung. Das Tedeum von Brudner führte uns sofort in eine andere Welt. Hier volle Entfaltung sämtlicher musikalischer Mittel, Chor, Solisten, Orchester, Orgel, mit einer ganz gewaltigen Steigerung in den höchsten Höhen und den stärksten Fortissimos und dann wieder ein sanftes, fast flehentliches Erklängen der gedämpften Stimmen, Gegensätze wie sie seltener wohl selten zum Ausdruck gebracht worden sind. Auch hier taten alle Mitwirkenden ihr Möglichstes, um dem Werk zu einer wirklich guten Aufführung zu verhelfen. Für diese gewaltigen Tonmassen gut ein Raum, wie die Stadtkirche, eigentlich zu klein. Für ein derartiges Werk sollte man stets eine große Domkirche mit hohen Gewölben zur Verfügung haben, in welchen der Schall sich ausbreiten die Möglichkeit hat. Diese Bemerkung soll aber in keiner Weise irgend einen Tadel gegen die Aufführung enthalten. Die Eindrücke des ersten Konzertes berechtigen die Hoffnung, daß auch die weiteren beiden Konzertabende allen echten Musikfreunden weitere Weisestunden bringen werden und dem Leiter des Festes, Musikdirektor Fauch, möge auch von Calwauser Dank ausgesprochen werden, daß er sich der Mühe unterzogen hat, ein derartiges Musikfest in Pforzheim zu veranstalten.

Vom Kinderheim Heuberg.

(SCB.) Spaichingen, 27. Juni. Den anfangs Juni auf dem Heuberg anwesenden 1600 Kindern aus Mainz, Darmstadt, Hamburg und Hensburg wurde eine große Freude zuteil durch die Lieder, die Fräulein Kausler von Neutlingen hier im Kasinoaal zur Laute sang. Nach längerer Zwischenpause, die ihren Grund in den schwierigen Transportverhältnissen der Heimat hat, sind jetzt wieder an 2000 Kinder aus dem besetzten Gebiet hier eingetroffen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Die Druckstörungen über Süddeutschland lassen nach. Am Freitag und Samstag ist trockenes und wärmeres Wetter zu erwarten.

(SCB.) Gmünd, 27. Juni. Gestern vormittag 10 Uhr verließ die Arbeiterschaft der Edelmetallindustrie die Betriebe und zog zum Stadtpark, wo die sofortige Anerkennung ihrer Forderungen verlangt wurde. In 17 Fabriken wurde gestern nachmittag noch gearbeitet. In einer Nachmittagsversammlung wurde aber beschlossen, in den Streik zu treten. Heute ist eine große Arbeiterversammlung.

(SCB.) Ellwangen, 27. Juni. In der Nacht zum Dienstag schied Postzeleutnant Müller in der U.W.A. durch einen Schlag in den Kopf freiwillig aus dem Leben. Er war erst zwei Monate hier und hatte im Krieg schwere Verletzungen u. a. durch Kopfschuß davongetragen, als deren Folgen Gemütsdepression und steigende Nervenerrüttung sich einstellten. Laut „Tsp.“ u. „Tagzeitung“ wird die Leiche in die Heimat nach Böblingen gebracht.

Einweihung des neuen Schulhauses in Bad Liebenzell.

* Bad Liebenzell, 27. Juni. Unter zahlreicher Beteiligung der Einwohnerschaft fand am Dienstag die Einweihung des neuen Schulhauses statt, nachdem das Anwesen schon am 1. Mai durch den Staat der Gemeinde übergeben worden war. Um 10 1/2 Uhr fand in Anwesenheit der Gäste und des Gemeinderatskollegiums eine sinnige Abschiedsfeier vom alten Schulhaus statt, das wie früher üblich neben Kirche und Kirchhof seinen Platz gehabt hatte. Nachdem die Schüler die Feier mit einem Choral eingeleitet hatten, gedachte Stadtpfarrer S a n d - b e r g e r nach einem kurzen Ueberblick über die Geschichte der Jahrhunderte alten Schule in ehrenden Worten der Lehrkräfte, die in den letzten Jahrzehnten in dem alten Schulhaus im

Liebenzeller Jugend unterrichtet hatten, namentlich des Oberlehrers B e u t e l p a c h e r, dessen Grundgedanke die sittlich-religiöse Erziehung der Schüler für ihren Lebensweg gewesen sei, so dann auch des derzeitigen leitenden Herrn Oberlehrer W ö l m l e, der leider durch schwere Krankheit verhindert war, an dem Feste teilzunehmen. Der starke Regen machte die Abhaltung der Einweihungsfeierlichkeit im Turnsaal des neuen Gebäudes nötig. Die Reihe der offiziellen Ansprachen eröffnete Oberbaurat R u h n als Vertreter der Bauabteilung des Finanzministeriums. Er überbrachte die innigsten Glückwünsche dieser Behörde, die ja die Bauhertin bis zur Uebernahme gewesen sei, und erinnerte sodann an die rechtlichen Auseinandersetzungen die zwischen Staat und Gemeinde bis zur Uebernahme der Kosten durch den Staat geführt worden waren. Der Bau sei auf die Dauer von Hunderten von Jahren berechnet; als Zierde edler Menschensbildung sei er an den würdigen Platz im Stadttinnern erstellt worden, umgeben von der hervorragend schönen Landschaft des Nagoldtales. Bei jedem Blick aus den Fenstern des Schulhauses habe man ein Bild schönster Heimat vor sich. Wenn es gelungen sei, für das Schulhaus einen so idealen Platz zu finden, so habe auch die Stadt daran ein hohes Verdienst durch ihre Bemühungen, die Schwierigkeiten der Beschaffung des Bauplatzes aus dem Wege zu räumen. Der Redner gab dann eine kurze Schilderung der Räumlichkeiten und sagte seine Wünsche dahin zusammen, daß in dem neuen Hause immer edle Menschenbildung herrschen möge, und neben der geistigen Bildung auch der Sinn für Jugendlust, Jugendfreude und Jugendfrische gepflegt werde. Dann werden aus der Schule auch Männer und Frauen hervorgehen, die die Heiligthümer unseres Vaterlandes zu wahren wissen. Damit übergab er das Werk der Stadtgemeinde. Die eigentliche F e s t e d e hielt Johann Stadtschultheiß M ä u l e n. Er begrüßte zuerst im Namen der Stadtgemeinde die auswärtigen Gäste und dankte ihnen für ihr Erscheinen, und gab darauf dem Bedauern Ausdruck, daß der Schulvorstand der hiesigen Volksschule, Oberlehrer W ö l m l e, der von Anfang an an dem Zustandekommen des neuen Schulhauses kräftig mitgewirkt habe, aus Gesundheitsgründen an der Feier nicht teilnehmen konnte, wobei er wünschte, daß der Erkrankte seine Gesundheit, die er der Schule zuliebe nur zu lange geopfert habe, bald wieder erlangen möge zum Segen der hiesigen Volksschule. Der Redner gab dann einen interessanten Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des Baus, dem wir folgendes entnehmen:

Am 20. Juni 1912 war es, als sich Vertreter der damaligen Domänenverwaltung des Oberamts und des Bezirksbauamts Calw mit dem hiesigen Ortschulrat zusammenfanden, um über die Beschaffung eines weiteren Schullokals infolge Errichtung einer sich zur Notwendigkeit erwiesenen 4. Schulstelle sich auseinanderzusetzen. Nach dem neuen Schulgesetz wäre die Gemeinde verpflichtet gewesen, das Schullokal für die neu aufzunehmende Schulstelle zu stellen. Da aber mit Auflösung des seinerzeitigen Frauenklosters auch die Klosterschule aufzuheben genötigt war, ging diese Verpflichtung auf die damals arme Gemeinde Liebenzell über. Mit Uebernahme der Kirche durch den bad. Staat — bis zum Jahre 1804 war nämlich Liebenzell dem badischen Lande zugehörig — in dessen Eigentum und Unterhaltung, ging auch die Schulhauslast, ohne daß dies besonders verbrieft war, an den Staat über; wie denn auch letzterer stets für den Bau und die Unterhaltung des alten Schulhauses, das vorher auch zur Kirche gehörte und dem Diakon und Schulmeister diente, aufkam. Darauf gestützt, stellte sich die Gemeinde auf den Standpunkt, daß auch jetzt, wenn es sich um Stellung eines weiteren Schullokals handelte, der Württ. Staat dafür zu sorgen habe. Letzterer dagegen glaube geltend machen zu können, daß er fr. Zt. nur eine K o m p l e x l a s t, nicht aber einer Territoriallast bezügl. des Schulgebäudes übernommen habe. Um nun einem wahrscheinlich langwierigen Prozeß, dessen Ausgang für beide Teile nicht voraussehen war, aus dem Weg zu gehen, einigte man sich damals dahin, einen Vergleich miteinander abzuschließen. Es wurden von Seiten der Staatsvertreter, zu denen damals schon der unter uns weilende Herr Oberbaurat R u h n zählte, Entgegenkommen gezeigt. Neben der unentgeltlichen Abtretung des alten Schulhauses wurde der Gemeinde eine bare Abfindung von 25 000 M. angeboten. Da dieses Ansuchen von den Vertretern der Stadt Liebenzell als unannehmbar bezeichnet wurde, kamen die Parteien darin überein, daß für die später folgenden Verhandlungen unverändliche Vorschläge die künftige Grundlage bilden sollen und zwar: 1. die Gemeinde Liebenzell erhält das alte Schulgebäude unentgeltlich zur freien Verfügung, während der Staat ein neues Schulhaus auf seine Kosten, aber ohne Lehrerwohnung erstellt; 2. der Staat erbaut für seine Rechnung ein neues Schulgebäude mit Lehrerwohnung, behält aber das vorhandene Schulhaus für sich; 3. die Gemeinde erhält das alte Gebäude für 8—10 000 M., wogegen der Staat auf seine Rechnung ein neues Schulgebäude mit 4 Schulzimmern errichtet. In allen drei Fällen sollte die Gemeinde die künftige Unterhaltung des alten und neuen Schulhauses übernehmen. Schon am 2. Juli 1912 beschäftigte sich der Schul- und Gemeinderat mit den obengenannten Vorschlägen und machte Gegenvorschläge, die in der Hauptsache zu dem heutigen Ergebnis führten. Vor der endgültigen Abmachung wurde noch beschlossen, durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen, ob aus den Lagerbüchern des Staatsarchivs nicht die Verpflichtung des Staats bezüglich der Schulhauslast festzustellen ist. Diese Prüfung erfolgte durch tiefgründiges Studium von dem als Geschichtsforscher bekannten Hauptlehrer M ö n c h, damals in Röttenbach bei Javelstein. Demselben gelang es, ziemlich viel aufzuspüren, was zu Gunsten der Gemeinde Liebenzell gesprochen hätte. Trotzdem faßte er den Gesamteindruck seiner eingehenden Studien dahin zusammen, daß es bei dem Mangel an zuverlässigen Beweisen sehr zweifelhaft erscheine, eine siegreiche gerichtliche Entscheidung herbeizuführen und daß er daher zu einem Vergleich räte. Leider konnte die Gemeinde aus ihrer Registratur gar nichts Positives nachweisen, da alle alten Akten, aus denen vielleicht eine Verpflichtung des Staats hätte nachgewiesen werden können, bei einem Brande des Rathauses im

Jahre 1892 vernichtet wurden. Infolge dieser Untersuchung war es erst im Nov. 1912 möglich, dem Staat neue Vorschläge zu unterbreiten. Dank dieses sachverständigen Gutachtens wagte der hies. Schulrat seine früheren Forderungen zu erweitern und nicht ohne Erfolg. In verschiedenen abgehaltenen Sitzungen kam ein zunächst unverbindlicher Ablösungsvertrag mit der Württ. Staatsfinanzverwaltung zu Stande. Nach weiteren Verhandlungen mit den Vertretern des Staats stellte sich jedoch eine neue Schwierigkeit in den Weg. Die Gemeinde Ernstmühl, die mit Liebenzell einen Schulverband bildete, erhob Ansprüche an das neu zu erstellende Schulgebäude. Es mußte deshalb zunächst mit dieser verhandelt werden. In einer am 10. März 1914 stattgehabten Besprechung, an der wieder Vertreter der Staats und des Co. Oberbaurats teilnahmen, wurden von den Gemeindefreunden von Liebenzell und Ernstmühl Beschlüsse gefaßt, die zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung der Angelegenheit führten. Der Schulverband Liebenzell-Ernstmühl wurde aufgelöst, letztere Gemeinde beschloß eine eigene Schule und die Erstellung eines eigenen Schulhauses mit Lehrerwohnung, während die Gemeinde Liebenzell dafür eine bare Entschädigung an die Gemeinde Ernstmühl sich zu bezahlen verpflichtete, und zwar in Höhe von 5500 Mark. Ernstmühl kam Dank dieser Abmachung und Dank seiner Energie bald darauf zu einem neuen und schönen Schulhaus. Nun waren die Wege geebnet und Liebenzell hatte Bewegungsfreiheit, die sie nicht erlangen ließ, die begonnenen Ablösungsverhandlungen bis zum guten Ende weiterzuführen. Es erfolgte die Festlegung des Bauplatzes. Im Juni 1914 waren die dann glatt geführten Verhandlungen beendet und es sollte mit dem Bau nun Ernst gemacht werden. Das Schicksal hatte es anders gewollt! Es brach der große Weltkrieg aus, der die ganze Angelegenheit in den Hintergrund brachte. Im November 1918 kam sodann wieder Leben in die Sache durch Anregung des unter uns weilenden Herrn Oberamtsvorstands G ö s i n Calw und durch Beschlußfassung der hiesigen Gemeindefreunden, die den Schulhausneubau als Notstandsarbeit betrieben. Am 12. März 1919 ging der Gemeinde von der Bau- und Bergdirektion in Stuttgart die Mittelteilung zu, daß die Verhandlungen demnächst wieder in Fluß kommen werden. Nach mehreren Sitzungen und nachdem in allen Teilen eine Einigung erzielt worden war, konnte sodann der gütliche Ablösungsvertrag am 19. August 1919 unterzeichnet werden, wozu auch der Co. Oberbaurat seine Zustimmung und die Kreisregierung in Neutlingen die Genehmigung erteilte. Die endgültige Genehmigung des Vertrags durch das Finanzministerium trägt das Datum des 17. März 1920. Nachdem nun im Februar 1921 vom Finanzausschuß und Plenum des Landtags die Mittel zu dem Bau genehmigt waren, konnte mit der Ausführung des ganzen von Herrn Oberbaurat R u h n wohlbedachten und gut vorbereiteten Baus begonnen werden. Im Juni 1921 erfolgte der erste Spatenstich, am 1. Mai ds. Js. die formelle Uebergabe des vollendeten Werks vom Staat an die Gemeinde Liebenzell. Schon glaubte man, sich freuen zu dürfen, das statliche vor uns stehende Schulgebäude beziehen zu können. Aber weit gefehlt! Zu dem neuen Hause fehlten die Möbel. Während die Gemeinde es für selbstverständlich hielt, daß die Schuleinrichtung wie bisher von Seiten des Staats beschafft wird, stellte sich das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens auf den Standpunkt, daß die Beschaffung des Schulmobiliars Sache der Gemeinde und nicht des Staats sei, und verwies die Gemeinde, falls sie sich hierbei nicht beruhigen könne, auf den Klageweg. Nun war es Zeit, dem Staat gegenüber zu beweisen, daß er bisher anstandslos für Beschaffung der Schuleinrichtungsgegenstände gesorgt hat und ihm seine Verpflichtung ernstlich in Erinnerung zu bringen. Dies hatte den Erfolg, daß die Ministerien des Kirchen- und Schulwesens, sowie der Finanzen die Rechtslage nochmals einer Prüfung unterzogen und die Absicht kundgaben, die noch schwebende Angelegenheit der Inneneinrichtung des neuen Schulgebäudes in mündlicher Verhandlung mit den örtlichen Kollegien zu regeln. Diese Besprechung fand statt, zunächst aber ohne Ergebnis. Doch zeigten die anwesenden Vertreter der Staatsbehörden insofern Entgegenkommen, daß sie die Ausstattung von vier Schulzimmern auf Kosten des Staats zu übernehmen sich bereit erklärten, sofern die Gemeinde Liebenzell für alle Zeiten verzichtet, Ansprüche wegen Beschaffung von Schulmobiliar zu erheben. Dies wurde abgelehnt, worauf die Staatsfinanzverwaltung der Gemeinde eine einmalige Ablösungssumme von 11 Millionen Mark anbot. Da dieser Betrag jedoch nicht einmal zur Anschaffung des jetzigen Mobiliars gereicht hätte, beschloß der hies. Gemeinderat eine Kommission mit der endgültigen Abmachung der Sache zu betrauen. Diese trat sofort in Tätigkeit und erreichte fast reibungslos mit den Vertretern der Staatsbehörden eine Einigung, die dahin ging: „Die Staatsfinanzverwaltung bezahlt der Gemeinde Liebenzell zur sofortigen Beschaffung der Schulmöbel 15 Mill. Mark und stellt derselben weitere 7 1/2 Millionen Mark zur Gründung eines Erneuerungsfonds zur Verfügung, wogegen die Gemeinde Liebenzell für alle Zeiten abgefunden ist.“ Sofort wurden die Einrichtungsgegenstände bestellt und geliefert, so daß wir nun heute in der freudigen Lage sind, das ganze Schulanwesen nebst Brunnenanlage und Lehrerwohngebäude in Benutzung nehmen zu können. Vor uns steht ein Bau, der sich in jeder Beziehung sehen lassen kann. Wir freuen uns, heute feststellen zu können, daß Liebenzell nun ein musterbildendes Schulhaus besitzt, in welchem auch in hygienischer Beziehung weitgehend Rechnung getragen ist und durch welches die unhaltbaren Zustände der Schule für immer behoben sind. Wir sprechen dafür der Bauherrschafft, der Württ. Staatsfinanzverwaltung sowie dem Finanzausschuß des Landtags wie dem Landtag selbst, welcher die Mittel dazu bewilligt hat, uneingeschränkte Anerkennung und Hochachtung aus, ganz besonders auch deshalb, weil das Anwesen trotz der schwierigen finanziellen und politischen Verhältnisse fast restlos so erbaut wurde, wie es nur in Zeiten des Friedens möglich war. Wir sagen Dank den Staatsbehörden für die glatte Durchführung des ganzen Baus. Ganz besonderer Dank aber gebührt dem genialen Schöpfer dieses Werks, dem Herrn Oberbaurat R u h n, der es meisterhaft verstand, den Gebäulichkeiten ein

Kleid zu geben, das dem landschaftlichen Bilde in hervorragender Weise Rechnung trägt; ihm gebührt heute die Palme. Gedankt sei aber auch den Beamten des Bezirksbauamts in Calw, welche mit der Ausführung des Baus betraut waren, in Sonderheit des Herrn Bauwerkmeisters Schenk, der die Aufgabe mit nie ermüdender Schaffensfreude in lobenswerter Weise löste. Dem Co. Oberschulrat danken wir für seine machtvolle Unterstützung bei Abwicklung der ganzen Schulhausfrage. Auch dem gemeinschaftlichen Oberamt in Schulsachen sind wir zu herzlichem Dank verpflichtet. Mit der Übernahme des stolzen Gebäudes in das Eigentum der Stadtgemeinde verband der Redner den Wunsch, die hiesige Lehrerschaft möge stets zu eifriger und freudiger Arbeit in diesen idealen Räumen angespornt werden, und die Eltern der Kinder möchten sich stets der Opfer bewusst sein, die hier Staat und Gemeinde gebracht hätten, und schließlich möchten die Kinder sich vor Augen halten, daß ihre Lehrer sie nur zu ordnungsliebenden, rechtschaffenen und brauchbaren Gliedern der Menschheit machen wollen. Oberregierungsrat Kühle überbrachte sodann freundliche Grüße des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens und des Evangelischen Oberschulrats. Auch er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es möglich gewesen sei, die Interessengegensätze zwischen Staat und Gemeinde zu überwinden, und dankte dann allen Mitarbeitern an dem schönen Werke, das den Meister lobe. Der Redner streifte dann in erregenden Worten die furchtbare Notlage unseres Vaterlandes. Wir seien ein armes Volk geworden, trotz der Erscheinungen da und dort, die Wohlhabenheit und Ueberfluß vorkäufchen. Es sei aber notwendig gewesen, ein solches Gebäude zu erstellen, da es zur Erhaltung des höchsten, teuersten und wertvollsten Gutes der Gemeinde diene. Ein Volk, das besiegt am Boden liege, dürfe keine höhere Aufgabe haben, als die Jugend zu tüchtigen und wertvollen Menschen zu machen, und solche Einrichtungen tragen deshalb auch die höchsten, teuersten und wertvollsten Gutes der Gemeinde diene. Ein Volk, das besiegt am Boden liege, dürfe keine höhere Aufgabe haben, als die Jugend zu tüchtigen und wertvollen Menschen zu machen, und solche Einrichtungen tragen deshalb auch die höchsten, teuersten und wertvollsten Gutes der Gemeinde diene. Ein Volk, das besiegt am Boden liege, dürfe keine höhere Aufgabe haben, als die Jugend zu tüchtigen und wertvollen Menschen zu machen, und solche Einrichtungen tragen deshalb auch die höchsten, teuersten und wertvollsten Gutes der Gemeinde diene.

den Behörden für ihr großes Entgegenkommen, den ausführenden Persönlichkeiten für die prächtige Lösung der Aufgabe, und sprach dann der Stadtverwaltung Anerkennung dafür aus, daß sie die Umstände richtig ergriffen, und die Angelegenheit mit Klugheit und Energie durchgeführt habe. Er gratulierte der Lehrerschaft und den Kindern, und gab zum Schluß dem Wunsche Ausdruck, das neue Schulhaus möge zur Quelle des Segens für die Stadtverwaltung und Jugend Liebenzells werden. Dekan Zell übermittelte die Glückwünsche der Kirchengemeinden des Bezirks und der Landeskirche. Die Schule möge in den Schuß Gottes gestellt werden, und die Kinder möchten zur Ehrfurcht, zum Vertrauen und Gehorsam gegen Gott erzogen werden. Er erinnerte daran, daß gerade Luther es gewesen sei, der erkannt und darauf hingewiesen habe, daß man für die Schulen sorgen müsse, weil von ihnen das Gedeihen eines Volkes abhängt. Aber auch Sonne und Liebe solle ins Herz der Kinder getragen werden, dann würden sie auch zu brauchbaren Gliedern der Gesellschaft heranwachsen. Als Vertreter des Bezirks im Landtag beglückwünschte Landtagsabgeordneter Müller-Neubulach die Stadt zu dem Bau, dessen Erstellung vom Landtag in weitgehendster Weise befürwortet worden sei. Wenn es gelinge, die Jugend wieder zum Pflichtgefühl und zur Vaterlandsliebe heranzuziehen, so werde unser Volk wieder zu neuer Blüte sich entwickeln. Stadtschultheiß Maulen dankte allen Rednern für ihre Grüße und Wünsche, und versprach, daß die Einwohnerschaft sich stets bewußt bleiben werde, was ihr mit diesem Werke übergeben worden sei. Ein gemeinschaftliches Lied beschloß die erhebende Feier, die auch durch einige von Lehrer Philippin einstudierte und vorzüglich vorgetragene Chöre der Kinder der oberen Klassen stimmungsvoll umrahmt worden war. Zur Feier des Tages wurden die Kinder darauf in ihren Klassen mit einer Festbrotzeit beschenkt. Nach dem Einweihungsakt wurde eine Besichtigung des neuen Hauses unter sachverständiger Führung der Herren Oberbaurat Kuhn und Bauwerkmeister Schenk vorgenommen, worüber wir morgen berichten werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 153 383 Mark, der Schweizer Franken auf 20 012 Mark.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. B.) Stuttgart, 27. Juni. Bei einem Dollarkurs von wieder 152 617 Mk., das heißt angesichts einer neuen, jäh auspringenden Devisenhausse, hat sich der Andrang zum Stuttgarter Börsengeschäft wiederum fast verdoppelt. Die Nachfrage nach Effekten bei den Banken ist natürlich auch durch die Auszahlung der Beamtengelder noch gesteigert worden. Es mangelt fast überall an Material. Die Kurse haben sich durchschnittlich mehr als verdoppelt. Die Hausse geht jetzt ins Uferlose. Wiederum haben auch die festverzinslichen Anlagewerte zum Teil bedeutende Erhöhungen erfahren, besonders einzelne Schuldverschreibungen von

Industriegesellschaften, aber auch Pfandbriefe u. dergl. Auf dem Bankmarkt zogen Hypothekendarlehen um 30 000 Punkte an. Notenbank wurde gestrichen, Vereinsbank heute mit 110 000 notiert. Von Brauereiwerten sind zu nennen: Ravensburg + 15 000, Ehlingen ohne Notiz, Kettenmeyer-Tivoli + 20 000, Rottweiler Pfauen + 10 000, Walle + 10 000, Würt.-Hohenz. ohne Notiz, weil kein Material aufzutreiben war. Von Textilpapieren gewannen Unterhausen 100 000, Rammgarn Bietigheim 90 000, Kolb u. Schüle 120 000, Rotten 50 000, Kufzen 60 000, Weidensstadt 15 000, Kattun 50 000, Leinen Blaubeuren 70 000 Punkte. Ehlingen mußte wegen Materialmangels gestrichen werden. Unter den Metall- und Maschinenaktien profitierten Feinmetz. 105 000, Jungmans 99 000, Hesser 60 000, Daimler 64 000, Geislingen 40 000, Laupheim 23 000, Magirus 30 000, Weingarten 20 000, N. S. U. 100 000 Punkte. Hohner wurde zum Kurs von 450 000 gesucht. An sonstigen Werten sind zu nennen: Bremen-Besig. + 200 000, Salz Heilbronn + 100 000, Heidelb. Cement + 70 000, Dische. Del + 110 000, Stuttg. Zucker + 65 000, Knorr + 51 000, Dische. Verlag + 20 000, Kaiser Otto + 53 000, Könn-Kottw. + 85 000, Kraftwerk Altwürttemberg + 55 000, Krumm + 35 000. Noch größer waren die Kurssteigerungen im Freiverkehr, wo Fichtelgold heute auf 20 000 gingen.

Markt- und Arbeitsmarkt.

Eine Statistik einer größeren Reihe Arbeiterverbände zeigt, daß der Beschäftigungsgrad Ende Mai im Vergleich zu Ende April infolge des Valutasturzes eine Verbesserung erfahren hat, insbesondere hat die Kurzarbeit abgenommen. So hat die Kurzarbeit in der Metallindustrie von 24 Proz. Ende April auf 18 Proz. Ende Mai abgenommen, in der Textilindustrie von 51 auf 38 Proz., in der Holzindustrie von 23 auf 16 Proz., in der Tabakindustrie von 36 auf 24 Proz. In letzterer Industrie ist auch die Zahl der Erwerbslosen von 32 Proz. Ende April auf 21 Proz. Ende Mai zurückgegangen, im Baugewerbe von 10 auf 8 Proz. In der Metallindustrie erstreckt sich die Besserung des Beschäftigungsgrades in der Hauptsache auf die Exportindustrie. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Verschlechterung der Valuta auf dem Arbeitsmarkt noch nicht voll ausgewirkt hat. Zusammenfassend kann aber gesagt werden, daß der Markt- und Arbeitsmarkt wieder günstig auf den Arbeitsmarkt gewirkt hat.

Märkte.

(S. B.) Crailsheim, 27. Juni. (Schweinemarkt.) Dem Markt waren 7 Läufer- und 484 Milchschweine zugeführt. Der Preis für 1 Paar Läuferchweine betrug 2 bis 3 Mill. Mark, für 1 Paar Milchschweine 860 000 bis 1 Mill. Mark.

Die weltlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkef-folten in Aufschlag kommen. D. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Wasserkraftanlage der Stadtgemeinde Wildbad.

Die Stadtgemeinde Wildbad beabsichtigt zwecks Erzeugung von elektrischer Kraft den Ausbau einer weiteren Wasserkraftanlage in folgender Weise:

1. An der Eng beim Lautenhof, Markung Wildbad soll das Wehr der Lautenhofwasserstufe mit einer Stauhöhe von 476,80 m ü. N. N. wiederhergestellt und das Engwasser bis zu einer Menge von 2,0 cbm./sec. in einem rechtsseitig geführten, 80 m langen Oberkanal nach dem auf Parz. 1294 a an der Straße Wildbad-Engklösterle zu erstellenden Kraftwerk geleitet werden. Die Ausnützung der 6,14 m betragenden Gefällstufe erfolgt durch eine Francis-Zweifach-Turbine von 2,0 cbm. Schluckfähigkeit. Der 270 m lange überbedeckte Unterkanal mündet 80 m oberhalb des Wehres der Brachhold'schen Sägmühle in die Eng ein.

2. Am Rollwasserbach zwischen der Lägerquelle u. dessen Mündung soll ein Wehr mit der Krone auf 654,80 m ü. N. N. bei der Lägerquelle eingebaut und das Wasser des Rollwasserbachs bis zu 150 Sekundenliter in einer geschlossenen, 3,2 km langen Leitung am rechten Talhang entlang nach dem Stützkar geführt werden, das als Speicherbecken mit 20 000 cbm. nutzbarem Inhalt ausgebaut wird. Der normale Staupegel des Beckens liegt auf 650,50 m, die tiefste Abenkung auf 648,50 m ü. N. N. Die Zuleitung zum Kraftwerk auf Parz. 1294 a erfolgt durch eine 450 m lange, schmiedeeiserne Triebrohrleitung von 400 bzw. 450 mm Durchmesser. Die Ausnützung der 172 m betragenden Gefällstufe erfolgt durch 2 Peltonräder, die auf bis zu 450 Liter verarbeiten können. Das Wasser wird in einem Unterkanal, bestehend aus einer 50 m langen Zementrohrleitung von 50 cm Durchmesser, der Eng wieder zugeführt.

Etwasige Einwendungen gegen die geplanten Anlagen sind innerhalb 14 Tagen, vom Tag der Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, beim Oberamt anzubringen, wo Pläne und Beschreibung zur Einsicht aufliegen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, nicht mehr berücksichtigt werden.

Neuenbürg, den 26. Juni 1923.

Oberamt.

Reg.-Aff. Heckel, A. B.

Schön gelegenen großen
Fabrik-Bauplatz
evtl. Lagerplatz
Bahnhofnähe Calw
verpachtet oder verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Althengstett, den 27. Juni 1923.

Todesanzeige.



Teilen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Sohn

Christian Flik, Bauer
ehemaliger Kriegsgefangener in Frankreich

heute nacht $\frac{1}{2}$ Uhr nach schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag, den 29. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Schreiner-Innung Calw.

Die Kollegen werden auf Sonntag, 1. Juli zum Verbandstag in Stuttgart (Wulle Saal, Neckarstraße) eingeladen. Wichtige Tagesordnung — Beginn vorm. 9 Uhr.
Der Vorstand.

Ia. Weizenbrotmehl

eingetroffen.

Otto Jung.

Arbeiter
und Arbeiterinnen
gesucht.

Leinacher Mineralquellen, Bad Leinach.

Ziehung 10. und 11. Juli 1923!

I. Klasse Preussische-Süddeutsche Staats-Lotterie

Höchst-Gewinne **1000 Millionen Mark**
2 **500 Millionen Mark**
4 Gewinne **200 Millionen Mark**
4 Gewinne **100 Millionen Mark**

Lospreis $\frac{1}{8}$ 1250 $\frac{1}{4}$ 2500 $\frac{1}{2}$ 5000 10000 20000 für jede Klasse
5000 10000 20000 40000 80000 für alle Klassen
Zustellung Mk. 100.— als Drucksache.
Mk. 400.— als Brief.

Fetzer
Württ. Lotterie-Einnahme
Stuttgart, Friedrichstraße 56.

Postcheck-Konto Stuttgart 8360.

Kindervagen,
Klappwagen,
Kindersühle,
Korbwaren,



Leiterwagen,
Leiterwagen-
räder,
Korbmöbel

in großer Auswahl, empfiehlt preiswert
Wilh. Frank Calw hinter dem Rathaus
Spezialgeschäft f. Kinderwagen, Korbwaren, Korbmöbel.

Ein tüchtiger
Bäcker

kann sofort eintreten bei
Eugen Stoh,
Hirau.
Telefon Calw 74.

Einen neuen leichten
Leiterwagen

hat zu verkaufen
Wilh. Steimle,
Schmiedmeister,
Neubulach.

Neue
Sahrpläne

sind auf der Geschäftsstelle
ds. Bl. erhältlich, das Stück
zu Mk. 500.—

Suche zum sofortigen
Eintritt ein fleißiges, ordentl.

Zimmer-
Mädchen

auch bewandert im servieren.
Hoher Verdienst.
Pension Weinstube Adam,
Hirau.

Hirau.
Neuen schwarzen Dreihigen

Uniform-
Mantel

hat im Auftrag billig abzu-
geben

Chr. Dittus,
Schneidermeister.

Aufruf!

An die Bürger von Calw und die Hofbesitzer der Umgegend.
Kammerjäger Th. R. Thoenes
Chem. bakt. Institut
kommt in den nächsten Tagen nach dort, um Ratten und Mäuse wirkl. radikal unter Garantie zu vertilgen durch Auslegen von Ratten-Pest-Bögen, welche für Menschen u. Haustiere unschädlich, aber unter Nagetieren eine ansteckende Krankheit erweckt. Schwaben, Wangen, Ruffen u. Feldmäuse werden ebenfalls unt. Garantie vertilgt.
Bestellungen sende man sofort unter Kammerjäger Th. R. Thoenes, Chem. bakt. Institut, an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

8 Rücken
(mit od. ohne Klucke)
verkauft
Paul Burkhardt,
Bäckerei.

Einen Wagen
Uckerhen

verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Blts.

Im rheinisch mit Ein Die franz Kanler u Partei ein wie ver Gendarm annehmbe besonnen zu Klein er, in die für Allge

Der seitheri Das neue

Die englisch schließung Möglichste Land die wirtschaft auf diese im Hinfö Haltung werde, G nach aus.

Der rhe

Barmen, Rheinlands Schlußigung Gegenwart deutung ge Rheinprovin der Reichsb Dr. Beder i um der In seiner Ganz kurzer daß nicht die nis ihn hier tretern der wie auf de folgten dan zur politisch

Barmen, trums, der tratie durch Schlußigung wurde, hat dem Rheinl des, wehrlo knecht und als ihre P tun, werden trieben oder sogar ihre s en. Selbst Gewalt habe den starken Schwanken dem freieste des rheinid gegen die sagen wir h Drud sehn Vernichtung Dreiflang d in unserm ist aus dem Länder werd und Freiheit wissen wir Wenn sich a